

V-23 Gemeinsam für eine gute Daseinsvorsorge für alle: Solidarität mit den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und der BVG

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 30.11.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 9 Verschiedenes

1 Im Frühjahr 2025 werden über 2,5 Millionen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes
2 bundesweit
3 für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne in Tarifauseinandersetzungen
4 gehen. In
Berlin kämpfen zeitgleich 16.000 Beschäftigte der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
für einen
fairen Lohn.

5 Die Beschäftigten der BVG und des öffentlichen Dienstes sind elementarer Teil
6 unser
7 öffentlichen Daseinsvorsorge: Sie bringen uns durch die Stadt, pflegen und
betreuen uns,
halten Straßen und Parks sauber und bilden nächste Generationen aus.

8 Eine verlässliche und gerechte Daseinsvorsorge ist das Fundament einer
9 lebenswerten und
10 sozialen Stadtgesellschaft. Doch während die Beschäftigten für faire Löhne und
11 gute
12 Arbeitsbedingungen kämpfen, setzt der schwarz-rote Senat auf Sparmaßnahmen, die
13 diese
14 Grundversorgung gefährden. Die geplanten Kürzungen in Höhe von drei Milliarden
Euro treffen
unter anderem die BVG und viele Bereiche des öffentlichen Dienstes hart. Das
schwächt nicht
nur die Qualität der städtischen Infrastruktur, sondern verschlechtert auch die
Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

15 Der schwarz-rote Senat wird den Menschen in Berlin damit nicht gerecht. Kürzungen
16 und das
17 Zurückhalten notwendiger Investitionen zeigt ihre Ignoranz gegenüber den
18 Bedürfnissen der
19 Berliner*innen und dem Wohl der Stadt. Die Konsequenzen solcher Politik sind
20 bereits heute

21 spürbar: Fahrpläne werden ausgedünnt, Wartezeiten verlängern sich, und der
Nahverkehr
verliert an Attraktivität. Eine Politik, die an denen spart, die Berlin am Laufen
halten,
tragen wir Grüne nicht länger mit. Denn sie gefährdet nicht nur unsere
Daseinsvorsorge,
sondern auch das Vertrauen in eine gerechte Stadtpolitik.

22 Im Gegensatz zum schwarz-roten Senat haben wir Grüne in Berlin gezielt in die BVG
23 investiert. So haben wir in den letzten Jahren über 2,5 Milliarden Euro in die
24 Modernisierung und den Ausbau des Nahverkehrs gesteckt, um die Infrastruktur zu
25 stärken und
26 umweltfreundliche, moderne Fahrzeuge anzuschaffen. Mit der Einführung des 29-Euro-
27 Tickets
haben wir die finanzielle Belastung der Fahrgäste gesenkt und den Umstieg auf den
öffentlichen Verkehr gefördert.

28 Wir Grüne wollen Berlin gerecht machen.

29 Deshalb stehen wir solidarisch an der Seite der Beschäftigten und unterstützen
30 ihre
31 Forderungen, die für eine gerechte und funktionierende öffentliche
Daseinsvorsorge
unerlässlich sind.

32 Die Gehälter im Berliner öffentlichen Dienst und in den Landesunternehmen müssen
33 den
34 steigenden Lebenshaltungskosten gerecht werden. Das gilt genauso für die
35 Ausbildungsvergütungen und Praktikumsentgelte. Auch bei der BVG muss ein
36 deutlicher Schritt
37 hin zu einer besseren Bezahlung gemacht werden, um dem massiven Personalmangel
38 entgegenzuwirken. Denn obwohl die BVG das größte Nahverkehrsunternehmen
39 Deutschlands ist,
40 bildet sie beim Thema Gehalt das Schlusslicht. Daraus resultieren enorme Probleme
41 bei der
42 Bindung von Personal. Durch die Personalknappheit steigen für alle Beschäftigten
die
Belastungen. Berlin muss daher Vorbild sein: da wo das Land Verantwortung trägt,
von der BVG
bis zu den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, müssen Arbeitsplätze besser
und
attraktiver werden. Dazu gehören faire Gehälter, gute Arbeitsbedingungen,
Arbeitszeitsouveränität und Entlastung.

43 Bei der anstehenden Tarifrunde ist für uns klar, wir stehen hinter den

44 Beschäftigten aus dem
45 Öffentlichen Dienst und der BVG. Zusammen mit der Zivilgesellschaft wollen wir
46 die
Beschäftigten in ihrer Auseinandersetzung für eine gute öffentliche
Daseinsvorsorge
unterstützen.

47 Wir stehen solidarisch hinter den Beschäftigten bei ihrem Kampf für faire
48 Arbeitsbedingungen
49 und einen guten Lohn. Als Grüne verurteilen wir die angekündigten Kürzungen des
50 CDU
51 Bürgermeisters Wegner und seine Regierung im Verkehrsbereich auf Schärfste. Bei
52 der Revision
des Verkehrsvertrags darf es unter keinen Umständen zu Kürzungen kommen. Eher
muss es zu
einer Erhöhung des Verkehrsvertrags kommen, damit beispielsweise auch die
berechtigten
Lohnerhöhungen langfristig finanziert werden können.

53 Was wir jetzt brauchen sind keine Kürzungen an unserer Daseinsvorsorge sondern
54 eine
55 langfristige, verlässliche Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs und des
gesamten
öffentlichen Dienstes.